Politische Turbulenzen in Lateinamerika

Die Sorgen Lateinamerikas gehen bis auf die Kolonialzeiten der Spanier und Portugiesen zurück und wurden nach Erringung der politischen Unabhängigkeit nicht überwunden

Seit Anfang Oktober dieses Jahres leuchten die politischen Alarmlampen in Chile, Ecuador, Bolivien, Kolumbien ROT. Während des ganzen Jahres 2019 steht Venezuela an der Schwelle einer aufgezwungenen Kriegsgefahr.

4. Dezember 2019 · Günter Buhlke

Ein Dauerbrenner ist die wirtschaftliche und diplomatische Erpressung Kubas durch die USA. Im Oktober wurde die Sanktionsschraube gegen den Inselstaat noch einmal ein Stück enger gedreht. Als Grund dient die Anlage 3 des Helms-Burton- Gesetzes des nördlichen Nachbarn aus alten Zeiten. Sie war bisher nicht in Kraft gesetzt worden. Die USA belegen ab Oktober 2019 alle Unternehmen der Welt mit Sanktionen, die mit kubanischen Firmen handeln, die zu Batistas Zeiten im USA Besitz standen.

Zum Nachbarstaat Mexiko will Präsident Trump eine Sperrmauer bauen lassen. Die Kosten dafür will er Mexiko in Rechnung stellen.

Ein Flüchtlingsstrom aus Mittelamerika zieht nach Norden, in der Hoffnung dort Arbeit und Einkommen zu finden. Schließlich haben die USA ihr beachtliches Brutto- Inlandsprodukt (BIP) zu beachtlichen Teilen mit Ressourcen Lateinamerikas erreichen können. Die Geldzuflüsse stammen aus den Rohstoffimporten, den eigenen hochpreisigen Exporten, den Lizenzgebühren für Technologien, die den lateinamerikanischen Länder auferlegt wurden, den überhöhten Zinsen für Kredite, den Mutter/ Tochterbeziehungen der Konzerne etc.etc..

Auch die Staaten Nikaragua, Peru, Haiti, Guatemala befinden sich seit längerem in Unruhezustand.

In Brasilien ist es nicht die Bevölkerung, die Turbolenzen auslöst. Es ist der Präsident Bolsonaro mit seinem scharfen Rechtskurs, der das große Agro-Business bevorteilt und den Amazonas Wald mit Bränden zu Sojaanbauland umgestaltet. Soziale Fortschritte aus der Zeit von Lula da Silva werden rückgängig gemacht.

Für die großen deutschen Medien sind die Unruhen nur gewöhnliche Ereignisse, wie beispielsweise Preiserhöhungen, Wahlfälschungen, schlechte linke Regierungsführung und Korruption, was für Lateinamerika als normal gelte. Über die wahren Ursachen der Proteste erhält der Leser kaum Informationen, aber eine Menge FAKE-NEWS.

Die Sorgen Lateinamerikas gehen bis auf die Kolonialzeiten der Spanier und Portugiesen zurück und wurden nach Erringung der politischen Unabhängigkeit nicht überwunden. Die Monroe-Doktrin der USA von 1824 gilt in Teilen bis zur Gegenwart und sie wird von Deutschland respektiert (Pressenza 18.11.2019 „Der Pakt der weißen Eliten„).

Der mit einem Putsch in Bolivien entmachtete Expräsident Morales bestimmte zum Leitfaden seiner Politik: „Lateinamerika kann nicht nochmals 500 Jahre warten, um würdig zu leben“.

Turbolenzen in Lateinamerika sind nicht neu (Pressenza 18.01.2019 „Bebenzone Lateinameri-

ka„). Sie gehen auf die marktradikale Vorgehensweise der USA und ihrer europäischen Verbündeten zurück. Sie verfügen über lange Erfahrungen einer Roll-Backstrategie gegenüber unliebsamen Regierungen, die gesellschaftliche Alternativen entwickeln. Destabilisierungen über Sanktionen und mediale Wege, Inflationsmechanismen werden angewandt, wie auch militärische Aktionen, wie Beispiele aus Guatemala, Nikaragua, Santo Domingo, Kuba, Grenada, Panama belegen. Die neoliberalen, marktradikalen Kräfte der westlichen Industrieländer nutzen ihre Kapitalverschmelzungen mit den nationalen privaten Wirtschaften zur Unterstützung ihrer Politik. Darüber hinaus haben sie in Lateinamerika eigene Niederlassungen in den Bereichen der Banken, des internationalen Transportes, der Industrie und Landwirtschaft.

Das politische Handeln der westlichen Industrieländer in Lateinamerika kollidiert in Teilen mit der Charta der Menschenrechte der UNO von 1948. Beispielsweise mit dem Artikel 28 zur sozialen und internationalen Ordnung.

Hoffnungen gibt nach den Jahren der Militärdiktatur in Lateinamerika die Demokratie.

Artikel übernommen mit freundlicher Genehmigung von Pressenza

---

Günter Buhlke
Geb. 1934. Verh. Studium an der Humboldtuniversität und der Hochschule für Ökonomie Berlin. Dipl. Volkswirtschaftler. Internationale Arbeit als Handelsrat in Mexiko und Venezuela. Koordinator für die Wirtschaftsbeziehungen der DDR zu Lateinamerika. Wirtschaftserfahrungen als langjähriger Leiter des Schweizerischen Instituts für Betriebswirtschaft in Berlin, Vorstand einer Wohnungsgenossenschaft und Referent im Haushaltsausschuss der Volkskammer und des Bundestages. Gegenwärtig ehrenamtliche Tätigkeiten.

Grundsätzliche Differenzen, die zu politischen Turbulenzen in Lateinamerika führen, bestehen zwischen dem Gesellschaftssystem des Neoliberalismus der westlichen Industrieländer und den traditionellen Auffassungen in Lateinamerika zum Eigentum an landwirtschaftlichen Boden, der Bodenschätze, der Verteilung der Früchte der Erde.

Der harte Kern der Auseinandersetzung ist die Eigentumsfrage und die Art der Aufteilung aus dem Gebrauch des Eigentums.